



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kulturausschuss	25.03.2022	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Neufassung Leitlinien/Leitgedanken zum künftigen Umgang der Stadt Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 11.11.2021

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 15.11.2021

Anlagen:

01_Antrag SPD vom 20.10.2021_AN_323_2021

02_Antrag Grüne vom 11.11.2021_AN_335_2021

03_Antrag Grüne vom 15.11.2021_AN_337_2021

04_Sachverhalt

05_Leitlinien_Stand 2004

Sachverhalt (kurz):

Der Stadtrat beschloss am 19.05.2004 erstmals „Leitlinien/Leitgedanken zum künftigen Umgang der Stadt Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände“. Sie bilden den Rahmen für die Auseinandersetzung mit den sichtbaren Hinterlassenschaften der NS-Zeit im Nürnberger Südosten. In den vergangenen fast zwei Jahrzehnten haben sich die Bedingungen und Umgangsformen mit den Baurelikten der NS-Zeit jedoch verändert. Daher sollen die bestehenden Leitlinien/Leitgedanken von 2004 in einem partizipativen Prozess mit verschiedenen Interessenten und Gruppen überprüft und angepasst werden.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Leitlinien sollen auch künftig die Grundlage für verschiedene Umgangsformen einer pluralen Gesellschaft mit dem ehem. Reichsparteitagsgelände bilden und entsprechend angepasst werden.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

Ref. I/II/Stk

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss beschließt, dem skizzierten Vorgehen zuzustimmen.